Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 79. **Sonnabend** den 13. Februar 1892. 86. Jahrgang

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 14. Februar, Vormittags nur bis 9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 11. vorigen Monats, den verstorbenen Marktheiler **Carl Friedrich Tiecke** betr.

Leipzig, den 11. Februar 1892.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

I. 714. Bretschneider. G.

Nutzholzauction

auf Naunhofer Staatsforstrevier.
Mittwoch, den 24. Februar d. J.,
von Vormittags **10** Uhr an

sollen folgende auf dem Mittelwaldschlag am Haferjack in Abtheilung 15 ausbereitete **Nutzhölzer**, als:

90	Stück	eichene Klötzer	v. 13—22 cm Stärke,	2—6 m Länge,
39	„	„	„ 23—50 „ „	2—6 „ „
33	„	„	„ 51—91 „ „	2—8 „ „
20	„	dickere	„ 16—21 „ „	3,5—6 „ „
10	„	„	„ 23—28 „ „	3,5—6 „ „
2	„	erlene	„ 20 u. 22 „ „	3 „ „
1	weißbuchener	Klotz	„ 18 „ „	3,5 „ „

122 Stück eichene Stangenklötzer von 8—12 cm Stärke, 4 m Länge,
2 rm eichene Nutzscheite

(Zusammenkunft auf dem Schlage in Abtheilung 15 zwischen dem Brandiler Weg und der Albrechtshainer Allee; Zahlstelle im Rathskeller zu Naunhof),

sowie

im Rathskeller zu Naunhof
Donnerstag, den 25. Februar d. J.,
ebenfalls von Vormittags **10** Uhr an

folgende auf dem Schlage an den Kreuzwegen, Abtheilung 46, von Stämmen am Brandiler Weg, Abtheilung 22 und am Klingaer Weg Abth. 45, sowie von Durchforstungen im Hasenbruch, Abth. 51 und 52 ausbereitete dergleichen, als:

30	Stück	eichene Klötzer	v. 13—22 cm Stärke,	3—4 m Länge,
16	„	„	„ 23—61 „ „	2,5—6 „ „
6	„	fichtene	„ 19—28 „ „	4 „ „
189	„	kieferne	„ 20—29 „ „	4 „ „
170	„	„	„ 20—34 „ „	6 „ „
540	„	fichtene Derbstangen	von 8—9 cm Stärke,	
70	„	„	„ 10—11 „ „	
8200	„	„ Reisstangen	„ 2—3 „ „	
7150	„	„	„ 4—6 „ „	
105	„	„	„ 7 „ „	

meistbietend gegen **sofortige** Bezahlung und unter den vor Beginn der Auction bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Auskunft ertheilt die unterzeichnete Revierverwaltung.

Königliche Forstrevierverwaltung Naunhof und Königliches Forstrentamt Wurzen, am 6. Februar 1892.

Neuhof. Geißler.

Die Anarchisten in Spanien.

Seit einiger Zeit treffen beunruhigende Nachrichten aus verschiedenen Theilen Spaniens ein, welche auf eine organisirte Bewegung der Anarchisten schließen lassen. Im Januar fand in Jerez eine Meuterei statt, welche zu einem kriegsgerichtlichen Verfahren gegen eine größere Anzahl Anarchisten führte. Der Militair-Auditeur beantragte gegen acht Angeklagte die Todesstrafe, von denen vier zum Tode verurtheilt und auch hingerichtet worden sind. Professor Gonzales Marcias wurde zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt, die er in Sevilla verbüßen wird. Die socialistischen Arbeiter-Vereinigungen in Madrid hatten an die Königin-Regentin ein Begnadigungsgesuch gerichtet, welches, wie die Hinrichtung bewieß, vergeblich war, ebenso lehnte der Minister Canovas den Empfang einer Abordnung von Maurern ab, welche ihn um Befürwortung des Begnadigungsgesuchs bitten wollte. In Barcelona verlangte ein Trupp Anarchisten die Schließung der Läden zum Zeichen der Trauer für ihre in Jerez verurtheilten Genossen. Diese Kundgebung hatte Verhaftungen zur Folge und Ausschreitungen, wobei Personen durch Petarden theils getödtet, theils verwundet wurden. Am folgenden Tage kam es zu einem Handgemenge zwischen den Anarchisten und Truppen, die sich beide der Feuerwaffen bedienten. Drei Officiere und siebzehn Soldaten, sowie zahlreiche Arbeiter wurden verwundet, viele Anarchisten verhaftet, Waffen und Aufrufe revolutionairen Inhalts in Beschlag genommen, in welchen die Worte vorkommen: „Blut schreit nach Blut". Die Hauptstraßen wurden abgesperrt und die Vorstädte von Cavallerie-Patrouillen in Schach gehalten, wo die Aufrührer sich in drohender Haltung zusammenrotteten. Gleichzeitig haben die Omnibus-Kutscher und Conducteure, sowie die Schuhmachergesellen einen Ausstand begonnen. Endlich haben in Reus in der Provinz Tarragona Verhaftungen stattgefunden.

Die Bewegung ist demgemäß in Süd- und Ost-Spanien gleichwie in der Hauptstadt des Landes, wenn auch in dieser nur durch friedliche Kundgebungen hervorgetreten, und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Ausschreitungen in Jerez nur das Zeichen zur allgemeinen Erhebung der Anarchisten in ganz Spanien geben sollten. Die vier zum Tode verurtheilten Anarchisten in Jerez haben vor ihrer Hinrichtung ein Geständniß abgelegt, welches hoffentlich den Schlüssel zu der Anarchisten-Verschwörung enthält. Daß Spanien von den Anarchisten zu einem Hauptsammelpunct gewählt ist, geht aus einer ganzen Reihe von Kundgebungen des vergangenen Jahres hervor, welche auch vorzugsweise im Süden und Osten Spaniens erfolgten. Barcelona hat dabei auch stets eine Rolle gespielt, während die Schwarze Bande besonders im Süden ihr Unwesen trieb. Die Regierung hat über diese Vorgänge nur sehr lückenhafte Mittheilungen gemacht und ist bemüht gewesen, die Unruhen ohne viel Lärm zu unterdrücken. Das ist sehr erklärlich, weil in Spanien viel Zündstoff angehäuft ist, der nur eines Funkens bedarf, um zu einem gefährlichen Brande emporzulodern. Wenn auch die Anarchisten ihre besonderen Ziele verfolgen, welche mit denen der Socialisten nur theilweise übereinstimmen, so besteht doch zwischen ihnen eine unleugbare Verwandtschaft, wie sie bei den neuesten Vorgängen in Jerez beobachtet worden ist. Außerdem giebt es eine republikanische Partei, deren Führer Zorilla und Salmeron ihre Pläne nur vertagt, aber nicht aufgegeben haben, und endlich sind es die Carlisten, welche von einer Umwälzung Nutzen für ihre Interessen erwarten.

Diesen Bestrebungen gegenüber hatte Sagasta einen schweren Stand, weil er die Absicht hatte, Spanien im liberalen Fahrwasser vorwärts zu bringen und durch die Verleihung des Allgemeinen Stimmrechts an die Wähler die Republikaner mit den Anhängern der Monarchie zu versöhnen. Da er aber gleichzeitig gegen die politisirenden Neigungen in der Armee auftrat und die Generalität in ihre Schranken zu weisen suchte, so trieb er die Vertreter der Armee in das Lager der Opposition und nöthigte die Königin-Regentin bei den Conservativen Schutz zu suchen. Der Streit über die Frage, ob es den Generalen in Spanien erlaubt ist, Politik zu treiben, ist nicht entschieden, sondern nur von der Tagesordnung abgesetzt, die einflußreichsten Spitzen der Armee betrachten die Einmischung in politische Angelegenheiten noch heute als ihr gutes Recht, wenn auch die Regierung unter Sagasta diese Auffassung energisch zurückgewiesen hat. Solche Vorurtheile und überlieferte Mißstände lassen sich nicht plötzlich beseitigen, dazu bedarf es längerer Zeit und vor allen Dingen der Macht, um dem Verbote Geltung zu verschaffen. Die Königin-Regentin hat es unter Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse als geboten erachtet, gegen die republikanischen, socialistischen und anarchistischen Einflüsse durch die Uebertragung der Regierungsgewalt an die conservative Partei ein Gegengewicht zu schaffen, aber sie hat damit den politischen Einfluß der Armee in Kauf genommen. Die spanische Monarchie ist durch die Hilfe eines solchen politischen Marschalls, Serrano's, wieder aufgerichtet worden, und Quesada hat gleichfalls sich in den Dienst der Monarchie gestellt, während er doch gleich den anderen die Wahl hatte, mit den Carlisten gemeinschaftliche Sache zu machen. Das sind Dinge, über die sich nicht so leicht hinweg kommen läßt und welche ihre geschichtliche Bedeutung auch auf die zukünftigen Verhältnisse zur Geltung bringen. Ein Land, welches Jahrzehnte hindurch den Schrecknissen des Bürgerkrieges ausgesetzt war, kann nur allmälig in regelmäßige Verhältnisse übergeleitet werden.

So wenig auch über die Lage der Dinge in Spanien seit längerer Zeit in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, so ist doch aus Allem, was von dort her berichtet wird, zu entnehmen, daß Spanien fortwährend in Gefahr ist, die Beute der Republikaner, der Socialisten oder der Carlisten zu werden, und daß es der größten Sorgfalt und Aufmerksamkeit der Regierung bedarf, um eine solche Wendung zu verhüten. Der junge König Alfons XIII., welcher am 17. Mai sein sechstes Lebensjahr vollendet, wird von den Feinden der Monarchie in Spanien stets als Todescandidat behandelt, noch in den letzten Tagen waren wieder beunruhigende Nachrichten über sein Befinden verbreitet. Leider sind diese Befürchtungen nicht ganz unbegründet, wie die schwere Erkrankung des Königskindes vor etwa zwei Jahren gezeigt hat. Auf den Tod des Königs warten alle Feinde der gegenwärtigen Zustände in Spanien als auf das Zeichen zum Kampfe gegen die Monarchie. Nach den Erfahrungen, die Spanien mit der Königin Isabella gemacht hat, will es seine Zukunft nicht aufs Neue auf eine ungemessene Zahl von Jahren Frauenhänden anvertrauen. Diese Wünsche sind nicht ohne Berechtigung, aber, ob Spanien durch Aufrichtung der Republik oder durch Erhebung von Don Carlos auf den Thron seine Lage verbessern würde, das erscheint doch mindestens sehr zweifelhaft.

Die Königin-Regentin Maria Christine hat durch ihr ganzes Verhalten nach dem Tode ihres königlichen Gemahls ihrer neuen Heimath nur Vortheil und Ehre gebracht und Spanien hat alle Ursache, zu wünschen, daß die Regierung der Königin-Regentin bis zur Großjährigkeit ihres Sohnes dauern, ja daß ihr Einfluß auch über diese Zeit hinaus wirken möge, weil sie nach achtzehnjähriger Leitung der Geschicke Spaniens gewiß in der Lage sein wird, ihrem Sohne solche Rathschläge zu ertheilen, welche dem Wohle des Landes zuträglich sind. Maria Christine entschließt sich schwer zur Bestätigung von Todesurtheilen, sie hat in dieser Beziehung schon schwere Kämpfe mit dem Ministerium Sagasta durchgemacht, aber in diesem Falle hat sie keinen Einspruch erheben wie bei der Militairrevolte alsbald nach ihrem Regierungsantritt. Damals hat sie ihren Willen Achtung verschafft, heute ist über eine etwaige Weigerung von ihrer Seite nichts verlautet, ein Zeichen, daß die Verhältnisse sehr ernster Natur sein müssen. Spanien hat Europa schon manches Räthsel aufgegeben, hoffen wir, daß die gegenwärtige Krisis glücklich vorübergeht. Daß die Sache nicht unbedenklich ist, ergiebt sich aus vielen Anzeichen, aber vorläufig hat die Regierung noch das Heft in Händen. *

Leipzig, 13. Februar.

* Staatsminister v. Boetticher hat gelegentlich der Berathungen der Handelsverträge im Reichstage die Erklärung abgegeben, daß die Reichsregierung mit dem Entwurf eines neuen Weingesetzes, welches die Frage der Versetzung des Naturweins mit anderen Ingredienzien regeln soll, beschäftigt sei. Wenn nun auch dieser Entwurf in der laufenden Session dem Reichstag nicht mehr vorgelegt werden dürfte, so hat doch die Reichsregierung den Entwurf bereits einigen Regierungen solcher Bundesstaaten, in denen Weinbau in größerem Maße getrieben wird, zur Begutachtung vorgelegt, und es steht zu erwarten, daß der Entwurf im nächsten Herbst dem Reichstage zugeht.

* Die „Kreuz-Zeitung" schreibt: „Angesichts der Verhaftung von Socialdemokraten erscheint die Annahme berechtigt, daß die Polizei einem anarchistischen Complot auf die Spur gekommen ist und dasselbe vereitelt hat. Man wird in der Muthmaßung nicht fehlgehen, daß der zweimalige Versuch, das Königsberger Schloß in Brand zu stecken (am 30. Januar und 7. Februar d. J.) mit dem Complot in Zusammenhang steht."

* In der letzten Stadtverordneten-Sitzung zu Berlin wurde mit 95 gegen 14 Stimmen der vom Magistrate vorgelegten Petition gegen das Volksschulgesetz beigetreten. 11 Socialisten und 3 von der Bürgerpartei stimmten dagegen. Die Socialisten führten aus, ihnen wäre an der Religion gar nichts gelegen. — Der Breslauer Magistrat hat die Eingabe des schlesischen Städtetages zur Stellungnahme gegen das Volksschulgesetz beschlossen.

* Im österreichischen Abgeordnetenhause waren bei der Debatte über die Subventionirung der Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem antisemitischen Abgeordneten Dr. Lueger und dem Handelsminister Marquis Bacquehem gekommen. Ersterer hatte die bisherige Mißwirthschaft der Gesellschaft und die Thätigkeit einzelner leitender Beamten auf das Heftigste angegriffen. Der Handelsminister hatte darauf scharf entgegnet und bemerkt, daß die Mittheilungen des Abgeordneten, die von entlassenen Beamten herrührten, durch Nichts erwiesen seien, worauf er mit den Worten schloß:

„Der Herr Abgeordnete hat es für erlaubt und im hohen Hause für möglich gehalten, meinem persönlichen Rechtlichkeitsgefühle nahezutreten, indem er meinte: dort, wo andere Leute sofort ein Verbrechen erkennen, sieht der Handelsminister in seiner Bonhomie nur Fehler und Unterlassungen. Hohes Haus! Meine Bonhomie geht nicht so weit, um mir über Das, was vom Standpuncte des strengsten Rechtsinstinktes als rechtlich oder nicht rechtlich zu erkennen ist, vom Abgeordneten des fünften Wiener Bezirkes Belehrungen ertheilen zu lassen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen links.) Meine Bonhomie geht nicht einmal so weit, die mir seinerseits gemachte Zumuthung mit einer gewissen Leichtfertigkeit seiner Rede entschuldigen zu wollen. Meine Bonhomie geht nicht so weit, um die Aeußerung mit Ruhe aufzunehmen und sie nicht mit vollster Entrüstung zurückzuweisen. (Erneuter, lebhafter Beifall links.)

Darauf hatte Dr. Lueger unter anderen Ausfällen entgegnet:

„Der Handelsminister hat Schlagworte gebraucht und ich habe Thatsachen erzählt. Der Handelsminister hat gar nichts gethan, als daß er in jenen Ton verfallen ist, der in gewissen Wiener Blättern gegen mich angeschlagen wird. (Sehr richtig! bei den Antisemiten.) Der Minister möge mir nun verzeihen, wenn ich ihm sage, daß ich auf diesen Ton in seinem Munde von nun an eben so wenig Werth legen werde, als auf die Beschimpfungen, die mir in den Judenblättern in Wien widerfahren (Beifall bei den Antisemiten), und nachdem der Handelsminister den Ton angenommen hat, der in diesen Blättern gegen mich angeschlagen wird, so verzeihe der Minister, wenn ich auch das persönliche Rechtlichkeitsgefühl von ihm auf eine Stufe setze mit dem Rechtlichkeitsgefühl dieser Blätter. (Beifall bei den Antisemiten und Jungczechen. Lebhafte Rufe der Entrüstung links. Anhaltende Bewegung im ganzen Hause.)"

Dr. Lueger war für diesen Angriff vom Präsidenten zur Ordnung gerufen worden, doch hat die Angelegenheit ein weiteres Nachspiel gehabt, über das der „Voss. Ztg." folgende Meldung zugeht:

Prag, 11. Februar. Das hiesige Jungczechenblatt, die „Narodni Listy", verzeichnet das Gerücht, der Handelsminister Marquis Bacquehem, welchen der antisemitische Abgeordnete Dr. Lueger vorgestern bei der Debatte über die Subventionirung der Donaudampfschifffahrtsgesellschaft aufs Heftigste angriff, hätte Genugthuung verlangt. Dr. Lueger habe eine Ehrenerklärung abgegeben, wonach er dem Rechtlichkeitsgefühl des Handelsministers nicht nahetreten wollte.

* Während die belgischen klerikalen Abgeordneten ursprünglich die vom König Leopold II. gewünschte Einfügung des Referendum in die geplante Verfassungsrevision bekämpften, ist in einer Versammlung der Rechten nunmehr beschlossen worden, in einem besonderen Gesetze die Bedingungen festzustellen, unter denen dem Könige das Recht des Referendum gewährt werden soll. Dieses würde bekanntlich darin bestehen, daß der König vor der Unterbreitung wichtiger Vorlagen im Parlamente die Aeußerung der Ansichten der Bevölkerung anzurufen befugt sein soll, gerade wie er berechtigt wäre, bereits von den Kammern genehmigte Gesetzentwürfe der Zustimmung der Bevölkerung zu unterbreiten. Die Klerikalen beabsichtigen also, einmal gegen die verfassungsmäßige Festlegung des Referendum Front zu machen, sowie dann die Fälle genau zu bestimmen, in denen die neue Einrichtung wirksam werden würde. Im liberalen Feldlager sind es zunächst nur die Radicalen, die für das Project gewonnen sind, so daß das Referendum in der Form, in der es in der jüngst der Repräsentantenkammer unterbreiteten „Erklärung" vorgeschlagen worden ist, kaum zur Annahme gelangen wird. Die gemäßigten Liberalen vom Schlage Frère-Orban's sind nach wie vor gewillt, das Referendum zu bekämpfen, obgleich Emile de Laveleye kurze Zeit vor seinem jüngst erfolgten Tode sich dafür ausgesprochen hat. Die „Indépendance Belge" äußert sich ebenfalls im abfälligen Sinne und betont, daß die Begründung, ein demokratisches Regime bedürfe in dem Referendum eine Art Gegengewicht, um so weniger zutreffend sei, als das allgemeine Stimmrecht, die Grundlage eines demokratischen Regimes, gar nicht gewährt werde. Selbst wenn aber das allgemeine Stimmrecht eingeführt würde, erachtet das belgische Blatt das Referendum keineswegs für das geeignete Mittel, ein solches Gegengewicht zu schaffen.

* Seit einiger Zeit verbreiten, so wird der „Nat.-Ztg." aus Paris geschrieben, französische Blätter Nachrichten aus Egypten, nach denen man glauben sollte, daß sich der neue Khedive Abbas Pascha in vollstem Aufruhr gegen die Engländer befinde. Bald soll er die englischen Officiere und Beamten wegwerfend behandelt und sich ihnen gegenüber als „Herr" gezeigt haben — was dem armen Khedive nicht eben leicht fallen würde —, bald soll er die Franzosen in einer solchen Weise auszeichnen, daß man daraus den Schluß zieht, es werde nun wohl bald mit der englischen Herrschaft in Egypten vorbei sein. Die letzte derartige Meldung besagt, daß, als neulich der englische und der französische diplomatische Vertreter gleichzeitig nach dem Palast kamen, der Khedive diesen empfing, den Engländer aber mit dem Bemerken abweisen ließ, daß er um diese Stunde nur für „Freunde" zu sprechen sei. Man wird nicht fehlgehen, wenn man diese und ähnliche Nachrichten auf den sehr rührigen Vertreter Frankreichs in Egypten, Marquis de Reverseaux, zurückführt, der allem Anschein nach dadurch für sich selbst Stimmung zu machen sucht und auch bald genug in den Augen der durch seine Berichte geblendeten französischen Leser für einen ganz hervorragenden Diplomaten gelten dürfte. Damit wird denn wohl auch der Zweck der Uebung erreicht sein, denn daß man die Engländer mit solchen Mittelchen aus Egypten herausdrängen wird, daran dürfte doch unter verständigen Leuten nicht zu denken sein.

* Ueber die Präsidentenwahlen im norwegischen Storthing hat der Telegraph eine etwas unklare Auskunft gegeben. Dieselben sollen „eine Kundgebung zu Gunsten der Unionspolitik" gewesen sein. Der Satz wäre richtig, wenn die Worte „der jetzigen Regierung" hinzugefügt würden. Die „Unionspolitik" des radicalen Ministeriums Steen aber geht bekanntlich officiell auf die reine Personalunion mit Schweden aus, während vorgeschrittene Anhänger der jetzigen Storthingsmehrheit noch etwas weitergehende Pläne im Schilde führen. Der eigentliche Wahlkampf im Storthing am 8. d. M. fand bei der Besetzung des Vicepräsidiums statt: zum Präsidenten wurde mit 107 von 110 Stimmen, also ohne Wahlkampf, Herr Nielsen gewählt; unter großer Spannung alsdann mit 60 gegen 42 oppositionelle und 6 zersplitterte Stimmen zum Vicepräsidenten der radicale Ullmann. Damit war der Ausschluß der Rechten wie der „Moderaten" vom Präsidium gegeben. Für die Parteistärke in diesem Storthing dürfte jene Stimmabgabe einen dauernden Fingerzeig enthalten haben. Herr Ullmann gehört zu den vorgeschrittenen Radicalen der sogenannten „europäischen" Richtung; mit zwei anderen Storthingsmitgliedern hat er im vorigen Herbste an dem interparlamentarischen Congreß zu Rom theilgenommen. Der Präsidentenwahl folgte im Storthing seine herkömmliche Theilung in Lagthing und Odelsthing, das erstere wird in der Stärke von 28 Mitgliedern von ihr aus dem Storthing erwählt; eine Art von erster Kammer oder vielleicht noch eher Revisionsausschuß; die übrigen 86 Abgeordneten bilden dann das Odelsthing.

Landtag.

Zweite Kammer.

† Dresden, 12. Februar. In der heutigen (45.) öffentlichen Sitzung, welcher die Herren Staatsminister von Thümmel und von Metzsch, Regierungscommissare Geh. Rathe Böttcher und Dr. Diller, sowie Oberregierungsrath Apelt beiwohnten, nahm die Kammer das königl. Decret Nr. 39, das Umlageverfahren bei der land- und forstwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen betreffend, in allgemeine Vorberathung.

Mittelst genannten Decrets wird den Ständen durch den Vorstand der land- und forstwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft Bericht über die Wirkung des Gesetzes vom 22. März 1888 hinsichtlich des Umlageverfahrens unterbreitet. Im Allgemeinen darf auf Grund der in den 3 Jahren 1889, 1890 und 1891 gemachten Erfahrungen ausgesprochen werden, daß sich das Umlageverfahren als einfach und zweckmäßig bewährt hat. Zwar hätte die dem Betriebsunternehmer auferlegte Pflicht zur Anzeigeerstattung von Betriebsveränderungen zuweilen auf größere Schwierigkeiten in sachgemäßer und rechtzeitiger Erledigung; aber gerade dies, wie auch die Erfahrung bei Veranlagung der landwirthschaftlichen Nebenbetriebe und der Gärtnereibetriebe nach Maßgabe der Löhne hat bestätigt, daß ein Umlageverfahren unter allgemeiner Zugrundelegung der gezahlten Löhne noch weit größere Schwierigkeiten und jedenfalls auch sehr unzutreffende Ergebnisse zur Folge gehabt haben und immerfort zeitigen würde. Hierzu kommt, daß bei Zugrundelegung der in den Betrieben gezahlten Löhne für die Veranlagung, da die Lohnlisten nur innerhalb Jahresfristen zu fordern sein würden, die Arbeit bei der Geschäftsstelle sich auf eine sehr kurze Zeit im Jahre zusammendrängen und somit die Gründlichkeit in Prüfung der Angaben leiden würde. Bei der Veranlagung unter Zugrundelegung der Grundsteuer-Einheiten ist den mit der Einhebung der Beiträge betrauten Gemeindebehörden Beurtheilung der Angaben und dadurch deren Mitwirkung in willkommener Weise möglich, während bei Veranlagung landwirthschaftlicher Betriebe nach Maßgabe der in denselben gezahlten Löhne man auf irgend welche zuverlässige Controle zu verzichten haben würde. Vor Allem aber würde, jedenfalls ohne Ersparniß an Arbeit bei der Geschäftsstelle, eine ganz bedeutende Mehrbelastung der Betriebsunternehmer sich ergeben haben. Das Urtheil des Vorstandes ist daher zunächst im Allgemeinen dahin abzugeben, daß eine gesetzliche Abänderung des Princips des Umlageverfahrens, nachdem Vertrauensmänner und Gemeindebehörden mit dessen Handhabung sich vertraut gemacht haben und nachdem dasselbe im Allgemeinen auch die Billigung der Mitglieder der Berufsgenossenschaft gefunden hat, sicher nicht angezeigt erscheint.

Abg. Horst begrüßt es anerkennend, daß sich die getroffenen Einrichtungen durchaus bewährt und die Hoffnungen, die sich an den Erlaß des Gesetzes vom 22. März 1888 knüpften, erfüllt haben. Ein wesentliches Verdienst an den günstigen Erhebnissen falle auch den leitenden Organen zu, deren Redner den Dank der Kammer ausspricht.

Abg. Uhlemann-Görlitz spricht seinen Dank aus dafür, daß die Stände im Jahre 1888 seinem Antrage, die vorliegenden Nachweise zu erstatten, nachgekommen sei. Aus der Vorlage geht hervor, daß er nicht Unrecht hatte, wenn er seinerzeit eine ungleichmäßige Vertheilung der Beitrags-Einheiten, welche das Umlageverfahren mit sich bringen werde, befürchtet habe. Es sei aber kein Grund, ein anderes Verfahren einzuschlagen. Aber um Eines bitte er, daß möglichst bald auch bei der landwirthschaftlichen Unfall-Versicherung Ueberwachungsvorschriften eingeführt werden möchten. Weiter wirft Redner die Frage auf, ob es der Regierung nicht gelingen könnte, zur Vereinfachung der Regulirung der einzelnen Schäden an Stelle der oft wechselnden Selbstverwaltungsämter sogenannte Unfallämter einzuführen, abgesehen von der Beläftigung, welche den Gemeindeverwaltungen aufgebürdet wird. Im Uebrigen schließt sich Redner dem Abg. Horst an und beantragt, die Angelegenheit in Schlußberathung zu nehmen.

Abg. v. Treben-Lindenau hält es ebenfalls für wünschenswerth, wenn die Verwaltung vereinfacht werden könnte, aber nicht auf so radicalem Wege, wie der Vorredner es wünscht. Große Beschwerden entständen dadurch, daß alle im Jahre durch Pacht oder Verkauf eingetretenen Veränderungen angezeigt werden müssen. Es würde sich empfehlen, das Gesetz dahin abzuändern, daß die Beiträge des vergangenen Jahres Derjenige trägt, der am 1. Januar im Pacht oder Besitz des Grundstückes gewesen ist.

Redner beantragt:

„das Decret an die Finanzdeputation A zur Berichterstattung zu überweisen."

Abg. von Oehlschlägel: Die Wünsche des Abg. Uhlemann gehen über das Landesgesetz hinaus und bedingten eine reichsgesetzliche Aenderung; eine solche hält er aber nicht im Interesse der Landwirthschaft. Auch den Wünschen des Abg. von Treben könne er nicht beitreten. Eine Finanzfrage liege übrigens hier nicht vor,